

wurde, brauchte sie nicht zu rechnen — ähnlich wie der Empfänger einer Spezialanzeige von der Liegenschaftssteigerung sich darauf verlassen darf, dass der Inhalt der Anzeige mit demjenigen der Publikation übereinstimme, und nicht gehalten ist, daneben noch die Publikation einzusehen (BGE 56 III 63). Stimmen aber Auszug und Verteilungsplan in Wirklichkeit nicht überein, so ist der (irreführende) Auszug nicht geeignet, die Frist zur Anfechtung des (fehlerhaften) Verteilungsplanes in Gang zu setzen. Diese Frist kann vielmehr dem Gläubiger erst von dem Moment an laufen, wo er Kenntnis vom wirklichen Inhalt des Verteilungsplanes erhielt. Im vorliegenden Fall geschah dies in zuverlässiger Weise erst am 20. Mai durch die Antwort des Betreibungsamtes vom 19. Mai, sodass die am 30. Mai der Post übergebene Beschwerde rechtzeitig erhoben worden ist.

Was das Betreibungsamt dagegen einwendet, ist durchaus unbehelflich: Das Amt wird auf Grund eines von der Aufsichtsbehörde ausgestellten Zeugnisses darüber, dass keine Beschwerde gegen den Verteilungsplan eingegangen sei, ohne weiteres zur Verteilung schreiten können, wenn es vorher die Beschwerdefrist allen Gläubigern gegenüber durch Zustellung von einwandfreien Auszügen in Gang gebracht hat. Dass es im vorliegenden Fall den beabsichtigten Abzug von 650 Fr. nicht habe zur Darstellung bringen können, weil das Formular Nr. 20 VZG keinen entsprechenden Vordruck enthalte, vermag nicht durchzuschlagen; es wird dem Beamten nicht zuviel zugemutet, wenn man von ihm verlangt, dass er in solchen Fällen einen handschriftlichen Zusatz beifüge, wenn derselbe notwendig ist, um eine Irreführung des Gläubigers zu vermeiden.

3. — Dass der im Verteilungsplan vorgesehene Abzug von 650 Fr. materiell unbegründet ist, wird auch vom Betreibungsamt anerkannt. Infolgedessen ist die Beschwerde mit Recht gutgeheissen worden. Der Umstand, dass das Amt die 650 Fr. bereits dem der Beschwerde-

führerin im Rang nachfolgenden Gläubiger ausbezahlt hat, spielt keine Rolle; das Amt hat sich, wie schon die Vorinstanz ausgeführt hat, nötigenfalls wegen der Beschaffung des Geldes an den Staat zu wenden und sich im übrigen selbst um den Wiedereingang des an die unrichtige Adresse geleiteten Betrages zu bemühen (BGE 50 III 74 und dort angeführte frühere Urteile).

Demnach erkennt die Schuldbetr.-u. Konkurskammer:

Der Rekurs wird abgewiesen.

B. Pfandnachlassverfahren.

Procédure de concordat hypothécaire.

ENTSCHEIDUNGEN DER SCHULD- BETREIBUNGS- UND KONKURSKAMMER

ARRÊTS DE LA CHAMBRE DES POURSUITES ET DES FAILLITES

53. Entscheid vom 8. September 1933 i. S. Schmidt.

Pfandnachlassverfahren (Bundesbeschluss vom 30. September 1932):

Ein solidarisch haftender Bürge oder Mitverpflichteter, der während der Dauer des Pfandnachlassverfahrens Ausdehnung der (provisorischen) Kapitalstundung auf sich selbst verlangt hat, jedoch aus einem materiellen Grund (auch Beweislosigkeit) abgewiesen worden ist, kann immerhin, aber regelmässig nur noch Ausdehnung der Stundung auf sich mit dem Hauptentscheid verlangen.

Procédure de Concordat hypothécaire (Arrêté fédéral du 30 septembre 1932):

Demande formulée en cours de procédure par un *coobligé* ou une *caution solidaire* et tendant à ce que le bénéficiaire du sursis concordataire soit étendu à son profit (sursis provisoire pour le remboursement des *capitaux*). — Demande rejetée par des motifs de droit matériel (notamment pour défaut de preuve). — Nonobstant ce rejet, la caution ou le *coobligé* peut encore, dans la règle, demander l'extension du sursis à son profit, mais seulement à l'occasion de la décision au fond.

Procedura del concordato ipotecario (decreto federale 30 settembre 1932) :

Domanda proposta nel corso del procedimento da un *coobligato* o da un *fidejussore in solido* affinché gli sia concesso il beneficio della moratoria (moratoria provvisoria per il rimborso de *capitali*). — Domanda respinta per ragioni di merito (specialmente per mancanza di prove). — Nonostante la reiezione, il fidejussore o il *coobligato* può, di regola, chiedere ancora l'estensione della moratoria a sé, ma solo in occasione della decisione sul merito.

A. — Der Rekurrent, solidarischer Mitbürge einer durch Hypothek im dritten Rang auf dem Sanatorium Solsana in Davos versicherten Forderung der Schweizerischen Kreditanstalt gegen die A.-G. Sanatorium Solsana im Betrage von rund 100,000 Fr., hatte nach Eröffnung des Pfandnachlassverfahrens über die A.-G. Sanatorium Solsana um Ausdehnung der Stundung auf ihn nachgesucht, war jedoch durch Entscheid des Bundesgerichtes vom 19. Juni 1933 (S. 188 hievor) abgewiesen worden wegen Fehlens des Nachweises, dass er ohne die Stundung in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet wäre. Daraufhin stellte der Rekurrent am 3. Juli beim Sachwalter zu Händen der Nachlassbehörde neuerdings das Gesuch um Ausdehnung der Stundung auf ihn. Die Schweizerische Kreditanstalt erhob die Einrede der abgeurteilten Sache.

B. — Der Bezirksgerichtsausschuss Oberlandquart als Nachlassbehörde hat am 1. August 1933 das Gesuch abgewiesen, in erster Linie weil es sich um eine *res judicata* handle, m.a.W. der Bezirksgerichtsausschuss angesichts des Bundesgerichtsentscheides den Fall nicht neuerdings behandeln und entgegen dem bundesgerichtlichen Entscheid die Stundung bewilligen könne.

C. — Diesen Entscheid hat der Rekurrent an das Bundesgericht weitergezogen mit den Anträgen auf Aufhebung desselben und Ausdehnung der der A.-G. Solsana bewilligten Pfandstundung auf ihn, eventuell Rückweisung an die Vorinstanz bzw. an den Sachwalter zwecks Wiederaufnahme und Durchführung des Verfahrens.

*Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
zieht in Erwägung :*

Wie im früheren Entscheide näher auseinandergesetzt wurde, kann der solidarisch haftende Bürge oder Mitverpflichtete nicht erst Ausdehnung der im Hauptentscheid anzuordnenden Pfandnachlassmassnahme der Kapitalstundung auf sich verlangen (worüber natürlich nicht vor dem Hauptentscheid befunden werden kann), sondern schon während der Dauer des Pfandnachlassverfahrens Ausdehnung der dem Hauptschuldner in Gestalt der Nachlassstundung gewährten provisorischen Kapitalstundung. Wird er mit seinem Gesuche letzterer Art aus einem materiellen Grund, z.B. wie hier wegen Fehlens der Existenzgefährdung, abgewiesen, so ist nicht einzusehen, warum einem noch während der Dauer des Pfandnachlassverfahrens erneuerten gleichen Gesuche nicht die Einrede der abgeurteilten Sache entgegengesetzt werden könnte, mindestens wenn es sich nicht auf erheblich veränderte Verhältnisse zu stützen vermag (vgl. BGE 47 III S. 190 und 59 III S. 45/6 Erw. 2). Inwiefern letzteres hier der Fall wäre, ist jedoch nicht ersichtlich; vielmehr unterscheidet sich das vorliegende Gesuch vom frühern wesentlich nur insofern, als der Rekurrent sich jetzt anheischig macht, Behauptungen, die er schon damals aufgestellt hat oder hätte aufstellen können, auch zu beweisen. Hat es die Vorinstanz daher mit Recht abgelehnt, auf das wiederholte Gesuch des Rekurrenten um Ausdehnung der Stundung auf ihn für die (noch verbleibende) Dauer des Pfandnachlassverfahrens einzutreten, so muss diesem doch unbenommen bleiben, zu verlangen, dass seinerzeit mit dem Haupt-

entscheid die Pfandnachlassmassnahme der Kapitalstundung auf ihn ausgedehnt werde, was ihm ja auch möglich wäre, wenn er überhaupt gar kein Gesuch um Ausdehnung der provisorischen Stundung auf sich gestellt hätte. Hiefür ist nur erforderlich, dass er das Gesuch mit den Ausweisen zu dessen Begründung bis zur Gläubigerversammlung dem Sachwalter einreiche, der es dann (nach selbst eingeholter Vernehmlassung der Schweizerischen Kreditanstalt) erst mit seinem Gutachten gemäss Art. 304 SchKG an die Nachlassbehörde weiterzuleiten hat, die alsdann ihrerseits erst in Verbindung mit dem Hauptentscheid darüber zu befinden hat (Art. 39 Abs. 1, Abs. 2 am Schluss, 41 Abs. 4 des Bundesbeschlusses vom 30. September 1932).

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

54. Arrêt du 15 septembre 1933 dans la cause Dame Genton.

Le concordat hypothécaire hôtelier peut être accordé au débiteur même après le prononcé [de faillite (changement de jurisprudence)].

Das Pfandnachlassverfahren (Bundesbeschluss vom 30. September 1932) kann einem Schuldner selbst nach Eröffnung des Konkurses bewilligt werden (Änderung der Rechtsprechung).

Il concordato ipotecario alberghiero può essere accordato al debitore anche dopo la dichiarazione del fallimento (cambiamento di giurisprudenza).

A. — Dame Elise Genton, propriétaire de l'Hôtel du Col des Mosses, a été déclarée en faillite le 24 janvier 1933.

La Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie s'étant déclarée prête à lui venir en aide, Dame Genton a adressé, le 6 mai 1933, au Président du Tribunal d'Aigle une première requête tendant à l'ouverture de la procédure de concordat hypothécaire prévue par l'arrêté du 30 septembre 1932. Cette requête a été rejetée par décision du

13 mai contre laquelle Dame Genton a formé un recours à la Chambre des Poursuites et des Faillites du Tribunal fédéral. Son recours a été rejeté pour cause de tardiveté.

B. — Le 28 juin 1933, Dame Genton a adressé au Président du même Tribunal une seconde requête tendant aux mêmes fins, mais accompagnée d'un projet modifié.

Par décision du 5 juillet 1933, le Président du Tribunal d'Aigle a rejeté cette nouvelle requête. Tout en reconnaissant que Dame Genton était recevable en sa demande, étant donnée la différence des deux projets, il a jugé que l'arrêté du 30 septembre 1932 étant identique en sa lettre comme en son esprit à l'ordonnance du 18 décembre 1920, il devait s'en tenir à la jurisprudence inaugurée par l'arrêt Boesch du 6 mai 1921 (RO 47 III p. 59 et suiv.), qui avait posé le principe qu'un concordat hypothécaire n'était pas admissible une fois la faillite déclarée.

C. — Dame Genton a recouru contre cette décision à la Chambre des Poursuites et des Faillites en lui demandant de revenir sur sa jurisprudence et d'ordonner le renvoi de la cause au premier juge pour qu'il fasse droit à sa requête.

Considérant en droit :

S'il est exact, ainsi que le relève le Président du Tribunal d'Aigle, que la Chambre des Poursuites et des Faillites a dénié la possibilité d'accorder le bénéfice du concordat hypothécaire au débiteur en faillite (arrêt Boesch du 6 mai 1921, RO 47 III p. 59 et suiv.) et que, d'autre part, les dispositions de l'arrêté du 30 septembre 1932 qui régit actuellement la matière sont identiques à celles de l'ordonnance du 18 décembre 1920 sous l'empire de laquelle cette décision a été rendue, il résulte toutefois d'un nouvel examen de la question que cette jurisprudence ne saurait être maintenue. Si l'on reprend, en effet, les motifs à la base de l'arrêt Boesch, on constate que l'argumentation de la Chambre reposait essentiellement sur l'absence d'une réglementation détaillée des questions que pouvait sou-